

Politik

Freiheit – Gerechtigkeit – Nachhaltigkeit

Christian Lindner: Integrale Politik?

Grünes Licht für die Ampel?(1)

Grünes Licht für die Ampel?(2)

Politische Integration – zwischen allen Stühlen?

Links – Mitte – Rechts

Schuldenbremse - ausgebremst?

Freiheit – Solidarität – Nachhaltigkeit ... und die FDP

Freiheit – Solidarität – Nachhaltigkeit ... und die FDP

Dezember 2021

In verschiedenen Beiträgen hier auf Facebook habe ich den "Verdacht" geäußert, dass das, was ich in früheren Beiträgen als eine der Säulen einer integralen Politik bezeichnet habe, und zwar die Integration von individueller Freiheit, gemeinschaftlicher Solidarität/ Gerechtigkeit und systemischer Nachhaltigkeit, bei den Ampelkoalitionären insgesamt, und damit auch bei der FDP, angekommen ist.

Vor diesem Hintergrund habe ich mir die gestrige (5.12.) Rede von Volker Wissing, dem FDP Generalsekretär, auf dem FDP-Parteitag anlässlich der Zustimmung zum Koalitionsvertrag angehört und Zitate daraus kommentiert (mh) – und bin angenehm überrascht:

Er beginnt mit "Verantwortung":

"Wir übernehmen in schwierigen Zeiten Verantwortung für unser Land".

mh: ... eine Verantwortung, die wir in der Opposition, wo wir uns nur um unsere Eigeninteressen als liberale Partei gekümmert haben, so nicht übernehmen wollten ... ?

"Für Freiheit und Eigenverantwortung zu kämpfen war nie einfach."

mh: ... vor allem, wenn man unter Eigenverantwortung auch die Verantwortung für die Freiheit anderer (=Solidarität) und für die Umwelt (=Nachhaltigkeit) versteht.

" ... dass eine Gesellschaft an stärksten ist, wenn sie auf Freiheit und Verantwortung setzt."

mh: ... mit der Betonung auf "und"!

"Freiheit bedeutet, den Menschen auch etwas zuzutrauen ..."

mh: ... was wiederum bedeutet, ihnen auch etwas zuzumuten, und zwar die (Be)achtung der Freiheiten anderer Menschen und Wesen, auch für die Zukunft, einschliesslich entsprechender Verhaltensänderungen.

"Auch in der gegenwärtigen Pandemie dürfen wir Freiheit und Verantwortung jedes Einzelnen und jeder Einzelnen nicht aus dem Blick verlieren."

mh: ... mit der erneuten Betonung auf "und", und mit einer Verantwortung für andere. (=Solidarität)

"Dort wo die Freiheit des Einzelnen zu Lasten anderer geht, ist der Staat gefordert, und muss abwägen."

"Sich nicht impfen zu lassen heisst auch, das Ende der Pandemie für alle zu verzögern."

"Nun haben wir die Chance, daraus (aus der Marktwirtschaft) eine sozial-ökologische Marktwirtschaft zu machen."

mh: ... als eine freie und solidarische und nachhaltige Wirtschaft.

"Klimaschutz hat auch eine soziale Dimension, auf die wir achten müssen ..."

"Deshalb ist der konsequente Ausbau erneuerbarer Energien richtig."

mh: Dazu braucht es eine "Planungsbeschleunigung", so dass "nicht an jeder Stelle eines Planverfahrens immer wieder neue Einwände hervorgebracht werden können ..."

mh: ... was eine Beschränkung individueller Freiheiten ist.

"Die einen gegen die anderen spaltet uns (als Gesellschaft). Ein Weg, den möglichst alle mitgehen können führt uns zusammen. Es muss uns (er meint die Koalition) deshalb gemeinsam gelingen, gefundene Kompromisse zu tragen deren integrativen Wert zu erkennen und selbstbewusst zu verteidigen, anstatt sie gleichzeitig zu zerreden."

mh: "integrativ", ja, das ist das bessere und angemessenere Wort gegenüber "Kompromiss".

"Wir Freien Demokraten haben uns erneuert."

mh: ... bitte weiter so.

mh: Interessant und bemerkenswert ist auch, was in dieser Rede nicht erwähnt wird: kein Wort von "schwarzer Null", "den Gürtel enger schnallen", oder "erst Steuern einnehmen, bevor wir Geld als Staat ausgeben können." Hat die FDP sich vielleicht auch diesbezüglich erneuert und verstanden, dass ein in seiner eigenen Währung souveräner Staat nicht auf Einnahmen angewiesen ist, um Ausgaben zu tätigen?

Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit

November 2021

In verschiedenen Beiträgen, zuletzt vor vier Tagen hier auf Facebook, habe ich, unter Bezugnahme auf Ken Wilber's Quadrantenmodell, eine der Hauptaufgaben einer integralen Politik als die Integration von individueller Freiheit, sozialer Gerechtigkeit und systemischer Nachhaltigkeit bezeichnet. (Da liberale Politik sowohl innere wie äußere Freiheit vereinigt, werden aus den vier Quadranten drei politische Hauptperspektiven.) Heute stellten die Koalitionäre einer zukünftigen Ampelkoalition ihr Regierungsprogramm vor, unter der Hauptüberschrift: "Mehr Fortschritt wagen." Darunter steht: "Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit." Das ist ein guter Start.



Christian Lindner: Integrale Politik?

November 2021

Interessant ...

Am 26.09.17, im Nachgang zur vorherigen Bundestagswahl, habe ich hier auf Facebook mit Blick auf die damaligen "Jamaica" Koalitionsverhandlungen über die politische Mitte geschrieben:

Wo ist die politische Mitte (zwischen den Extremen), die von manchen Politikern/Parteien gerne in Anspruch genommen wird?

Sehr komprimiert besteht sie für mich

a) in einer Anerkennung und Integration einer gesunden National-Identität (in der neben vielen anderen Dingen auch die Verantwortung für die eigene kulturelle Geschichte enthalten ist) und einer internationalen Ausrichtung/Öffnung und

b) in einer Integration der großen Drei von Liberalität (mit Betonung von Freiheit), Solidarität (mit Betonung gemeinschaftlichen Verbundenseins) und Nachhaltigkeit (nicht nur das Ökosystem betreffend, sondern auch kulturelle Systeme betreffend wie Versorgung mit Wasser, Nahrung, Energie, Information/Bildung und Entsorgung/Recycling.)

Diese Aspekte/Perspektiven stehen in einem „natürlichen“ Spannungsverhältnis zueinander: Nationale Identität versus internationale Ausrichtung, liberale Individualität versus gemeinschaftliche Kollektivität, systemische Notwendigkeiten („Sachzwänge“) versus individuelle Freiheiten usw. Eine Integration ist daher ein echtes Kunst-Stück, buchstäblich eine Lebensaufgabe, auch ganz persönlich für jeden Menschen.

Jede politische Partei hat so ihren eigenen Schwerpunkt aus obiger Aufzählung, oft unter Vernachlässigung oder Herabwürdigung anderer Schwerpunkte. Keine mir bekannte Partei hat sich jedoch deren Integration explizit auf die Fahnen geschrieben, als einen ersten Schritt. (Das wäre für mich eine wirkliche Volkspartei, die es nicht allen recht machen kann aber um eine Integration der wesentlichen Lebens-Perspektiven bemüht ist, unter Vermeidung von Extremen). Jetzt stehen in Deutschland Koalitionsverhandlungen an, von perspektivisch sehr unterschiedlichen Parteien wie FDP und Grünen, und mittendrin die Volksparteien (?) der Union (?) aus CDU/CSU. Vielleicht geht was voran ... Hoffentlich ..."

Bekanntlich haben sich die damaligen Hoffungen zerschlagen, die FDP mit Christian Lindner ist seinerzeit aus den Verhandlungen ausgestiegen.

Jetzt lese ich heute bei "t-online" Zitate von Christian Lindner aus einem Interview mit der "Sueddeutschen" wie folgt:

"Eine Koalition sollte mit der Absicht antreten, gemeinsam wiedergewählt zu werden".

"Dabei unternehmen wir den Versuch, ganz unterschiedliche Sichtweisen, Werthaltungen und Milieus zu verbinden."

Eine mögliche Ampelkoalition wolle die progressive Mitte des Landes repräsentieren. Lindner sagte aber auch, er wolle sich "für die FDP aber bemühen, dass wir Interessen und Anliegen der Wählerinnen und Wähler von CDU und CSU mit im Blick behalten". Wenn man die Wahlprogramme als Ausgangspunkt nehme, dann beginne die Ampel offensichtlich als Zweckbündnis. "Daraus kann zukünftig aber mehr entstehen."

... vielleicht sogar eine integrale Politik, wie ich sie in einem Video (Februar 2019) skizziert habe?
Schön wär's.

Grünes Licht für die Ampel? (Teil 1) Oktober 2021



Politik Teil 1: Perspektiven



Michael Habecker
Februar 2019

1

In einem Video ("Integrale Politik Teil 1") habe ich dargelegt, warum die liberale Perspektive, die soziale Perspektive und die Nachhaltigkeitsperspektive drei ganz grundlegende Perspektiven nicht nur von Politik sind, sondern unser Menschsein ganz allgemein bestimmen. Insofern sind die aktuellen Gespräche in Deutschland über eine Ampelkoalition dazu geeignet, alle drei miteinander in Betracht zu ziehen

und sie zu integrieren.

Die liberale Perspektive (das "F" in FDP) setzt sich für die (innere und äußere) Freiheit des Menschen ein, die soziale Perspektive für ein soziales Miteinander (das "S" in SPD), und das Thema Nachhaltigkeit ist ein Thema der "Grünen".

Es wird im buchstäblichen Sinn spannend werden, was bei den Gesprächen herauskommt, weil alle drei Perspektiven in einem natürlichen Spannungsverhältnis miteinander stehen. Liberale Freiheit bedeutet in ihrer Radikalität – als Liberal-ismus – "freie Bürger fordern freie Fahrt, freien Konsum, freien Ressourcenverbrauch, freie Meinungsäußerung, De-Regulierung ..." und und und. Dem setzt die soziale Perspektive die Freiheit des und der anderen entgegen, was die eigene Freiheit notwendigerweise einschränkt. Die Nachhaltigkeitsperspektive wiederum kritisiert zu recht die zerstörerischen Auswirkungen von exzessiver Freiheit u.a. auf das Ökosystem (Klimakatastrophe) und das Finanzsystem (immer wiederkehrende Finanzkrisen).

Andersherum kann das Solidarprinzip zu weit gehen (Sozial-ismus), indem Menschen in ihrer Freiheit zu sehr eingeschränkt werden oder indem man Menschen etwas abnimmt, was sie selbst machen können, und ihnen so Wachstums- und Erfahrungsmöglichkeiten und auch Freiheiten nimmt (Kinder wissen das intuitiv und wollen alles "selber machen"). Das ruft die Liberalen ebenso auf den Plan, wie wenn systemerhaltende Nachhaltigkeitsmaßnahmen als "alternativlos" und damit außerhalb jeder Kritik stehend verordnet werden ("System-ismus"), ohne Berücksichtigung individueller Freiheiten, Solidarität und Gerechtigkeit.

Jetzt (und eigentlich immer) kommt es auf allen Politikfeldern und insgesamt im Leben darauf an, alle drei Hauptperspektiven in ihrer Größe zu würdigen, aber auch die jeweiligen "-ismus-" Tendenzen zurückzuweisen. Kommt dann noch eine ordentliche Portion Sachverstand hinzu, verbunden mit der Fähigkeit, objektive Gegebenheiten von subjektiven Meinungen zu unterscheiden, dann wären wir politisch auf einem guten Weg.

Grünes Licht für die Ampel? (Teil 2)

Oktober 2021

Ich hatte in dem gestrigen Beitrag argumentiert, dass die drei Hauptperspektiven von individueller Freiheit, sozialer Gerechtigkeit/Solidarität und systemischer Nachhaltigkeit etwas sind, was nicht nur ausgedacht oder ideologisch vorgebracht wird, sondern dass jeder Mensch sie in sich selbst erleben, verstehen nachvollziehen kann, als ein Teil seines/ihrer in-der-Welt-seins.

Doch wie haben sie sich als politische Perspektiven und "Politiken" entwickelt?

Die historisch mit ganz überwiegender Anzahl praktizierte Politik war irgendeine Form von Absolutismus. Zu Beginn waren es vielleicht die Stammesältesten die das sagen hatten, und deren Machtanspruch aus ihrem Alter und ihrer Erfahrung abgeleitet wurde. Oder das Patriarchat, welches seinen Machtanspruch aus einer Vorstellung von männlicher Überlegenheit ableitete, oder ein Gott-König, der über ein Reich herrschte, oder ein Geschlecht wie die Habsburger, welches aus der Familiendynastie einen entsprechenden Anspruch ableitete, als ein Geburtsadel. Oder es war der Besitz (das Eigentum) eines Landlords, welcher ihm das Recht gab, über seine Untertanen zu herrschen, oder die Wahnvorstellungen einer Rassenüberlegenheit und "supremacy", oder ...

Im Zuge der Aufklärung waren dann, in vielen blutigen Zyklen von Revolution und Restauration, zumindest in Teilen der Welt die Menschen nicht mehr bereit, die bestehenden Machtverhältnisse als "gottgegeben" hinzunehmen. Sie wollten mitbestimmen, und es setzte sich erstmals das Eintreten für individuelle Freiheitsrechte als eine gesellschaftlich-politisch-liberale Perspektive durch.

Doch in der Folge, und das ist nicht untypisch für evolutionäre Dynamiken, wurde insofern damit übertrieben, als sich ein "freies" industrielles Großgrundbesitzertum bildete und als ein neuer Geld- und Machtadel etablierte, welcher nun über ein Heer von weitgehend rechtlosen (Kinder)Arbeiter*innen herrschte, mit verheerenden sozialen Folgen.

Darauf hingewiesen zu haben, und die soziale Perspektive als eine wesentliche politische Perspektive in die Gesellschaft eingeführt zu haben, verdanken wir Menschen wie Karl Marx und Friedrich Engels. Was dann folgte, war eine erneute Übertreibung und ein Abkippen in verschiedenste Formen einer "Diktatur des Proletariats" mit fürchterlichen Folgen, wo eine Form von Politbüro darüber bestimmte, was gut für alle wäre, als ein Kollektiv-ismus.

In der Folge der 1960er Jahren schliesslich, als die schlimmen Gefahren und Auswirkungen unserer "ex und hopp" Wohlstandsgesellschaften auf die Umwelt immer deutlicher wurden, etablierte sich schliesslich die Nachhaltigkeitsperspektive als eine politische Kraft in vielen Parlamenten, und so finden wir uns heute in Deutschland in einer parlamentarischen Demokratie wieder, wo wir alle vier Jahre ein neues Parlament wählen, in der Hoffnung auf eine gute Politik, und das bedeutet für mich unter anderem die Versöhnung und Integration der drei genannten Hauptperspektiven, unter Vermeidung ihrer jeweiligen Absolutismen (Individualismus, Kollektivismus und System-ismus).

Von daher hat es mich sehr gefreut, gestern in den Nachrichten von Annalena Baerbock den folgenden Satz zu hören:

"Wenn wir Verantwortung übernehmen wollen, dann ist für uns der klare Massstab den Aufbruch, die Erneuerung für Klimaschutz, für eine liberale Gesellschaft, für echten sozialen gesellschaftlichen Zusammenhalt zu schaffen."

("Klimaschutz"=Nachhaltigkeit, "liberale Gesellschaft" = Freiheit, "sozialen Zusammenhalt"=Solidarität.)

Politische Integration – zwischen allen Stühlen?

April 2018

(Dieser Beitrag wurde am 24.4.2018 auf <https://hinter-den-schlagzeilen.de/politische-integration-zwischen-allen-stuehlen> veröffentlicht.)

Redaktionelle Einführung: Wenn wir eine Treppe hinaufsteigen, macht es keinen Sinn, die Stufen, über die wir nach oben gekommen sind, quasi als „unter unserem Niveau“ zu verachten. Vielmehr wäre Dankbarkeit angebracht, denn nur mit Hilfe der „niedrigen Stufen“ konnten wir dorthin gelangen, wo wir jetzt stehen. Ähnlich verhält es sich auch mit Stufen der Bewusstseinsentwicklung. Traditionelle Gesellschaften wandelten sich zu technik- und effizienzorientierten modernen Gesellschaften – diese wiederum wurden von Reform- und Emanzipationsbewegungen (Umwelt, Frauen, Soziales usw.) angegriffen. Im Trump- und AfD-Zeitalter, das vom technokratischen Neoliberalismus dominiert und von den rot-grün-alternativen Milieus immer wieder in Frage gestellt wird, merken wir besonders deutlich, dass diese drei Stufen in einer Gesellschaft immer gleichzeitig vorhanden sind. Mehr noch: Sie sind gleichzeitig in unserer Seele präsent. Wer sich dies bewusst macht, wird aufhören zu kämpfen und bemüht sein, diese widerstreitenden Strömungen endlich zu integrieren.

Herausforderungen einer Integration

Ich habe in einem früheren Beitrag auf Hinter-den-Schlagzeilen das Entstehen und die Grundzüge politischer Grundorientierungen dargelegt. Diese waren (und sind) a) Liberalität/Freiheit (aus der Perspektive von Individualität), b) Soziales und Gerechtigkeit (aus der Perspektive von Gemeinsamkeit und Kollektivität) und c) Nachhaltigkeit (aus einer systemischen Perspektive, mit der damit verbundenen Erkenntnis einer Abhängigkeit von natürlichen und auch kulturell geschaffenen Systemen).

Ich habe weiterhin auf den Entwicklungsaspekt hingewiesen, sowohl von Individuen als auch von Gemeinschaften und Kulturen, mit der Notwendigkeit einer Integration sowohl einer gesunden Nationalität als auch einer gesunden internationalen Ausrichtung. Eine integrale Politik, so mein Argument, würde sowohl eine horizontale Integration von Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit anstreben, als auch eine entwicklungsorientierte vertikale Integration von Nationalität und Internationalität. Ich möchte in diesem Beitrag auf den Entwicklungsaspekt näher eingehen, und die damit verbundenen Herausforderungen einer Integration. Dabei möchte ich mich auf drei Hauptebenen von kultureller Entwicklung beschränken, und füge gleich hinzu, dass man natürlich auch mit anderen Modellen und Unterteilungen arbeiten kann. Worum es mir geht, ist die Aufmerksamkeit auf die kulturelle Entwicklungsperspektive und die damit verbundenen unterschiedlichen Wertevorstellungen von Menschen zu lenken, welche eine enorme Bedeutung für Politik haben, und auch der Hintergrund unserer „Kulturkriege“ sind.

Werte-Ebenen

Ebene eins: Traditionell

Hiermit sind Wertvorstellungen verbunden wie das Bewahren von Traditionen, ein Misstrauen gegen Neuerungen, die Betonung von Heimat und Nationalität, eine Haltung gegenüber anderen (Ausländern) die von Desinteresse bis offener Ablehnung reicht und eine an nationalen Interessen ausgerichtete Politik. Die grundlegende Orientierung ist gemeinschaftlich-innerlich, und gründet sich auf einer „Religion“ im weitesten Sinn, das heißt einer Vorstellungswelt oder Ideologie, die als weitgehend vorgegeben betrachtet wird und nicht hinterfragbar ist.

Die Politik dieser Wertestufe ist sozial im dem Sinn, dass ein patriarchaler „Vater“ Staat sich um die kümmert, die ihm gegenüber gehorsam sind, d.h. sich loyal an die Regeln und Gesetze halten. Alle anderen sind außen vor bzw. bekommen die Härte des Gesetzes zu spüren. Die Außenpolitik setzt auf Abgrenzung oder Expansion, ein starkes Militär ist Ausdruck eines starken Staates – „wer nicht für uns ist, ist im Zweifel gegen uns.“ Die Wirtschaftspolitik ist national im Sinne der Priorisierung inländischer Produktion und Produkte und strebt nach weitgehender Autarkie und Unabhängigkeit von anderen. Es ist ein Staat der sich zu verteidigen weiß – auch im Sinne von „Angriff ist die beste Verteidigung“ – gegen alle und alles was diesen Staat im Inneren und im Äußeren zu gefährden scheint.

Dabei spielen psychologisch auch kollektive Verdrängungen und Projektionen gegenüber anderen Gruppen eine wesentliche Rolle.

Ebene zwei: Modern

Hiermit sind Wertvorstellungen verbunden wie Wissenschaft, Leistung, Erfolg und Wettbewerb. Auf dieser Stufe erfolgt eine erste Öffnung über die Nationalität und

Gruppenidentität hinaus, hin zu Individualität und individuellen Freiheiten. Die grundlegende Orientierung ist nach außen gerichtet, in die äußere Welt, die naturwissenschaftlich erkannt und beherrscht werden, und auch dementsprechend (aus)genutzt werden kann.

Die Politik dieser Wertestufe ist die Betonung von individueller Freiheit, „jeder ist seines Glückes Schmied“, verbunden mit der Vorstellung, dass wenn jede(r) sich um sein eigenes Glück kümmert, dass dies dann auch insgesamt für alle das Beste ist. Daher werden die Zuständigkeiten des Staates weitgehend auf Aufgaben reduziert wie die Aufrechterhaltung innerer und äußerer Sicherheit, so dass jeder frei seinen Interessen und Geschäften nachgehen kann. Die Wirtschaftspolitik ist wirtschaftsliberal, „laissez-faire, laissez-aller“, sie ist international ausgerichtet im Sinne von „möge der Beste (den Wettbewerb) gewinnen.“ Auf dieser Stufe beginnt eine Perspektive, die alle Menschen als gleichwertig betrachtet, doch es besteht die Tendenz einer materialistischen Außenbetrachtung, mit dem Schwerpunkt auf Effektivität und Funktionalität, einschließlich der Instrumentalisierung der äußeren Welt (Natur) für wirtschaftliche Zwecke.

Ebene drei: Postmodern

Hiermit sind Wertvorstellungen verbunden wie Gleichheit, Egalität, Multikulturalität, allgemeine Menschenrechte, Umweltschutz und Vielfalt. Die Orientierung ist wieder mehr nach innen gerichtet, hin zu mehr Sensitivität und Gefühl, und sie ist gemeinschaftsorientiert, „das Wir gewinnt“.

Die Politik dieser Wertestufe ruft nach „mehr Staat“ und „weniger Egoismus“, auch weil das Soziale als staatliche Aufgaben wieder in den Blickpunkt rückt, wie auch das Thema Gerechtigkeit. Eine internationale Ausrichtung ist Programm, mit der Gefahr einer Egalisierung von Unterschieden, insbesondere auch was Entwicklung betrifft. (Entwicklung selbst wird kritisch gesehen, weil sie Wertungen von mehr oder weniger weit entwickelt nahelegt, wobei übersehen wird, dass eine Aussage wie „nicht zu werten ist besser als zu werten“ selbst eine Wertung darstellt). Ausgangspunkt hier ist ein positiv-idealistisches Menschenbild verbunden mit einer Gewaltaversion, was zu pazifistischen Haltungen, Forderungen nach Abrüstung und einem sich Raushalten aus Konflikten führt.

Konservativ und Progressiv

Historisch betrachtet betreffen diese drei Stufen die Zeit vor der Aufklärung (traditionell), nach der Aufklärung (modern) und die Zeit beginnend nach den 1968er- Jahren (postmodern). Auch wenn hier eine Entwicklung zu sehen ist, so hat gleichzeitig jede der Stufen ihre volle Daseinsberechtigung, auch schon deshalb, weil jede nachfolgende Entwicklungsstufe auf ihren Vorgängern aufbaut. Die Evolution schreitet voran, aber sie bewahrt und nimmt bereits Entstandenes dabei mit auf, was auch der Grund dafür ist, warum es eine politische Richtung des Bewahrenden- Konservativen und des Progressiven gibt und geben muss, weil beides auf dem Entwicklungsweg unverzichtbar ist. Dies zu integrieren ist eine weitere Herausforderung einer integralen Politik. (Es ist, nebenbei bemerkt, auch eine persönliche Herausforderung auf dem eigenen Entwicklungsweg. Jemand der diesbezüglich mit sich selbst noch nicht im Reinen ist, sondern Aversionen bzw. Fixierungen mit sich herumträgt, wird es schwer haben mit anderen Menschen ins Reine zu

kommen. Diese Schwierigkeiten potenzieren sich noch gewaltig beim Schritt vom Individuellen zum Kollektiven).

Licht und Schatten

Man kann erkennen, dass jede der Stufen Licht- und Schattenseiten, d. h. gesunde und ungesunde (d. h. extreme) Ausprägungen entwickeln kann, eine Unterscheidung, die im Hinblick auf eine integrale Politik von enormer Bedeutung ist. Heimatverbundenheit, die Wertschätzung von Gewordenem und Traditionen, der Wert, ein soziales Individuum zu sein (und nicht nur ein Egoist) – das sind große, und für den weiteren Entwicklungsweg unverzichtbare Eigenschaften der traditionellen Entwicklungsstufe. Die Schattenseiten und Extreme, die es zu vermeiden gilt, sind Dogmatismus, Imperialismus und ein rigider Absolutismus nach innen und nach außen.

Die Fähigkeit zu Objektivität und wissenschaftlichem Denken, die Überwindung von Ethnozentrismus und die Hinwendung zu dem, was alle Menschen miteinander verbindet, das sind große Errungenschaften der Moderne, die es zu bewahren gilt. Extreme Ausprägungen wie ein Ellbogenkapitalismus, Umweltzerstörung und die Reduktion des Lebens auf Funktionalität und materiellen Erfolg sind zu überwinden.

Das hat sich die Postmoderne auf die Fahnen geschrieben, und mit einer Hinwendung zu Vielfalt, Gemeinschaft, dem Sozialen, Frieden, Gleichberechtigung, Menschenrechten und Nachhaltigkeit viel Gutes erreicht. Doch auch hier sind die Extreme unübersehbar, und die lauten Egalitarismus (bestehende Unterschiede werden egalisiert bzw. ignoriert), Ausgrenzung statt Integration (der postmodernen Widerspruch, und zwar hält sich auch die Postmoderne für diejenige, die über die einzig richtigen Werte verfügt, und lehnt damit traditionelle und auch moderne Werte ab, was sie für viele nicht wählbar macht) und die Übergewichtung des Kollektiven gegenüber dem Individuellen (was dieser Politik den Beigeschmack von Totalitarismus gibt, was ebenfalls viele Wähler abschreckt).

Kulturkriege innerhalb jeder Gesellschaft

Wichtig ist auch festzuhalten, dass die oben beschriebenen kulturellen Wertestufen in jeder Kultur auftreten, wenn auch mit unterschiedlichen Verteilungen, und auch innerhalb politischer Parteien und nicht nur zwischen ihnen. Jede Kultur und Gemeinschaft ist ein Spektrum unterschiedlicher Werteebenen. Das heißt, wenn es jemals zu einer tieferen internationalen Verständigung kommen soll, dann ist die Voraussetzung dafür, dass Volksgruppen (Ethnien), Nationen und auch nationenübergreifende Gemeinschaften wie die EU erst einmal mit sich selbst ins Reine kommen sollten, d.h. die gegenwärtigen Kulturkriege zwischen den traditionellen, modernen und postmodernen Werten beenden, und stattdessen diese Strömungen integrieren. Wie soll jemals Frieden zwischen den Nationen und Gemeinschaften entstehen, wenn er nicht einmal innerhalb von Gemeinschaften hergestellt werden kann? (Leicht gesagt, schwer getan).

Die Herausforderung

Das ist eine gewaltige Herausforderung, wie die aktuellen politischen Situation zeigen, und es ist paradoxerweise umso schwieriger, je mehr Entwicklung in einem Land bereits stattgefunden hat. Je mehr Entwicklungsstufen es gibt, desto mehr Spannungen existieren zwischen den Wertestrukturen, die es zu integrieren gilt. In Russland beispielsweise, mit einem hohen Anteil einer traditionell-konformistischen Wertegesellschaft, tut sich ein Putin, der genau diese Werte überzeugend vertritt, leicht, auf demokratische Weise Mehrheiten zu gewinnen (auch wenn er selbst keine als demokratisch geltenden Werte vertritt, d.h. Werte der Moderne und Postmoderne). Auf der anderen Seite hatte es ein Obama, von einer postmodernen Orientierung herkommend, sehr schwer, die großen Bevölkerungsteile der Traditionalisten und der Modernen und der Postmodernen in den USA von sich zu überzeugen. Er bekam oft genug Kritik von allen dreien und saß zwischen allen Stühlen. Trump hingegen hat diese unmöglich (und für Trump wahrscheinlich auch unnötig) scheinende Integration gar nicht erst versucht. Er hat sich mehr oder weniger nur auf die Traditionellen gestützt, und vor allem postmoderne aber auch moderne Werte (wie Wahrheit) angegriffen, beleidigt und abgewertet. Und das für unmögliche Gehaltene ist eingetreten, er hat, auch unterstützt durch das amerikanische Wahlsystem und eine massive Beeinflussung der sozialen Medien von verschiedenen Seiten, die Wahl gewonnen. Spannungsfelder

Betrachten wir nun kurz die Spannungsfelder, die sich zwischen diesen Strukturen auf tun und zu äußeren und inneren Kulturkriegen führen.

Die Traditionalisten lehnen die Moderne und die Postmoderne ab. Sie wissen was richtig und falsch ist und brauchen dafür keine Wissenschaft, sondern schauen in der Bibel nach oder im Koran oder in einem kleinen roten Buch, wie es von Mao Tse Tung verbreitet wurde. Sie lassen sich gerne autokratisch führen und leben nach klaren Regeln die nicht zu hinterfragen sind. Dies alles steht im krassen Widerspruch zu den Werten der Moderne und der Postmoderne.

Die Modernen lehnen die Werte der Traditionalisten, und damit oft auch diese selbst, generell ab. Ihre Leistungs- und Erfolgsorientierung steht wiederum im scharfen Gegensatz zu den Werten des Miteinander und des Teilens der Postmoderne, sowie auch ihr uneingeschränktes Eintreten für individuelle Rechte gegenüber einer kollektiven Vereinnahmung.

Die Postmodernen grenzen sich klar von einer kapitalistisch orientierten „Nutzung“ der Natur und anderer Lebewesen ab. Sie wehren sich gegen einen ausufernden Individualismus, können mit Begriffen wie „Nation“ und „Heimat“ nichts anfangen, wittern dabei sofort Nationalismus, und plädieren für offenere Grenzen und eine weltweite, nicht wettbewerbsorientierte Solidarität.

Wertestufen innerhalb von Parteien

Wie zeigen sich diese unterschiedlichen Werteebenen in den Gesellschaften? In Ländern wie den USA und Großbritannien mit einem Mehrheitswahlrecht haben es Parteineubildungen sehr schwer – in beiden Ländern gibt es nur zwei große Parteien. Doch die evolutionäre Dynamik sucht sich ihre eigenen Wege. Die Republikaner, ursprünglich ganz traditionell

orientiert, haben mittlerweile einen starken Anteil von Wall-Street Republikanern, also Republikanern die moderne Werte für sich in angenommen haben, und es gibt auch ein paar Republikaner die sich für Umweltschutz einsetzen. Diese innerparteiliche Aufteilung führt zu großen Spannungen. Die amerikanischen Demokraten hingegen begannen als eine moderne Partei, mit einer Ausrichtung auf Business, Erfolg und individuellen Freiheiten, und grenzten sich so von den traditionalistischen Republikanern ab. Doch beginnend mit der 68er-Revolution, und auch schon vorher, begann sich innerhalb der Demokratischen Partei eine progressive grüne Fraktion zu etablieren, deren Werte sich von den nun traditionell gewordenen modernen Werten deutlich unterschieden und zum Teil dazu auch im krassen Gegensatz standen, beispielsweise was die Wirtschaftspolitik, die Handelspolitik oder auch die Außenpolitik betrifft.

In Deutschland und auch in anderen Gesellschaften mit einem Mehrheitswahlrecht kommt es bei der Ausdifferenzierung neuer Wertesphären neben neuer Fraktionsbildung innerhalb bestehender Parteien auch zu erfolgreichen Parteineugründung. Die Grünen sind dafür ein Beispiel, die weitgehend postmoderne Werte vertreten, aber auch die AfD, mit ihrer strikt traditionellen (bis nationalistischen) Ausrichtung, deren Wähler sich, nach der „postmodernen“ Grenzöffnung 2015 in Deutschland, von den bis dato als traditionell geltenden Parteien CDU/CSU nicht mehr vertreten fühlten. Bei der Neugründung der Partei der Linken hingegen ging eher um eine konsequente Betonung von gemeinschaftlicher Solidarität und Gerechtigkeit, die, so sehen es jedenfalls die Wähler, von der bis dahin dafür zuständigen SPD so nicht mehr vertreten wurde.

Diese in den letzten Jahrzehnten erfolgten Ausdifferenzierungen in der deutschen politischen Landschaft führten dazu, dass die Regierungsbildung nach der letzten Bundestagswahl sehr schwierig wurde, und zum ersten Mal das Gespenst einer Nichtregierbarkeit auftauchte. Geht die politische Differenzierung zu weit, entsteht Dissoziation, Die Unterschiede überwiegen Gemeinsames und es kommt keine Regierung zustande.

Auch innerhalb der Europäischen Union gab es einen Aha-Effekt im Hinblick auf die bis dato nicht so sichtbaren und unterschiedlichen Wertestrukturen dieser Gemeinschaft – aufgedeckt durch die Flüchtlingsbewegungen. Nun wurde deutlich, wie sehr auch innerhalb der Europäischen Union die Traditionalisten einen erheblichen Teil der Bevölkerung darstellen, und sich außerhalb vereinbarter Werte und damit verbundener Vereinbarungen positionieren, wie bei der Flüchtlingsverteilung. Ihr Europa ist ein Europa der Nationen, das schon viel zu weit auf dem Weg der Vergemeinschaftung vorangeschritten ist, um den Preis nationaler Souveränität, und sie wenden sich auch, wie beim Brexit, von Europa ab. Diese Strömung ist unbedingt zu berücksichtigen, wenn es um einen „Neuaufbruch“ in Europa geht.

Integration

Wie kann eine politische Integration sowohl in der Horizontalen (Freiheit, Solidarität, Nachhaltigkeit) wie auch in der Vertikalen (traditionell, modern, postmodern) gelingen? Es ist ein wirkliches Meisterstück, das noch zu leisten ist, und ich möchte nachfolgend ein paar Stichpunkte aufführen, was meiner Meinung nach dazugehört.

- Die gleichwertige Würdigung und Wertschätzung von Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit.
- Die gleichwertige Würdigung sowohl einer bewahrenden wie auch einer innovativen Politik.
- Eine Anerkennung, dass es Entwicklung und unterschiedliche Wertestrukturen innerhalb jeder Kultur und Gemeinschaft gibt, die alle eine Daseinsberechtigung haben. Dazu gehört auch die Erkenntnis, dass jede Stufe eine Haltestation ist, auf der ein Mensch das Recht hat, sein Leben zu verbringen.
- Aus dieser Anerkennung erwächst die Einsicht, dass keine der Entwicklungs- und Wertestufen die alleinige Wahrheit für sich gepachtet haben kann, sondern dass jede Stufe etwas Wichtiges für die Gesellschaft beizutragen hat.
- Das Unterscheiden zwischen gesunden und ungesunden Ausprägungen jeder der Wertestrukturen, und eine aktive Auseinandersetzung mit den Extremismen, Absolutismen und Alleinvertretungsansprüchen jeder der Ebenen. Dabei sollte deutlich werden, dass es sich bei der Zurückweisung um die extremen Ausprägungen, und nicht um die Wertestufe insgesamt handelt.
- Eine eigene innere Integrationsarbeit, die individuell das vorwegnehmen kann was gemeinschaftlich angestrebt wird, eine Aussöhnung mit den unterschiedlichen Perspektiven und Wertevorstellung innerhalb der eigenen Person und Entwicklungsgeschichte der Menschheit.

Links – Mitte – Rechts

November 2027

(Dieser Beitrag wurde am 20.11.2017 auf

<https://hinter-den-schlagzeilen.de/links-mitte-rechts> veröffentlicht)

Perspektivität und politische Orientierung

Redaktionelle Einführung: Immer wieder einmal hören wir, die alte Unterscheidung zwischen Links und Rechts sei nicht mehr geeignet, unsere politische Realität abzubilden. Das klingt mitunter nach politischer Beliebtheit oder nach relativierender Verharmlosung von Rechtsradikalismus. Wir haben auf „Hinter den Schlagzeilen“ deutlich zum Ausdruck gebracht, dass wir nicht alle politischen Richtungen gleich gut (oder schlecht) finden. Dennoch ist es sinnvoll, bestimmte politische Positionierungen noch einmal von Grund auf zu durchdenken und eher schematische, traditionelle Zuordnungen in Frage zu stellen. Um welche Werte geht es Menschen wirklich? Wo in der politischen Landschaft sind sie zu verorten? Sollte man Kompromisse schließen oder sich auf eines der Extreme versteifen? Welche Positionen weisen in die Zukunft, wo muss man ggf. aber auch auf Realitäten der Gegenwart Rücksicht nehmen? Der Autor (Michael Habecker) durchleuchtet politische Standortbestimmungen aus integraler Perspektive.

Bei der politischen Verortung spielen nach wie vor in Diskussionen, aber auch bei Parteianamen, die Begriffe „links“ und „rechts“ eine wesentliche Rolle, die ihre Entstehung einer Sitzordnung der französischen Nationalversammlung verdanken. Allerdings sind sie

durch einen jahrhundertelangen Gebrauch unscharf geworden und für eine konkrete Diskussion somit praktisch unbrauchbar. Mit „links“ lässt sich in Verbindung bringen (und wird u.a. assoziiert): Sozialismus, Kommunismus, Gerechtigkeit, Umverteilung, anti-liberal, solidarisch, sozial, linksextrem, progressiv ..., mit „rechts“ können (und werden) Begriffe wie konservativ, national, nationalistisch, faschistisch, rechtsextrem, bewahrend, Kontinuität, Beständigkeit ... in Zusammenhang gebracht. Und die politische Mitte, von der gesagt wird dass von dort aus die Wahlen gewonnen werden (wofür es allerdings, insbesondere in Krisenzeiten, auch Gegenbeispiele gibt), wo ist die eigentlich – irgendwo dazwischen?

Im Folgenden soll ein anderer Vorschlag von politischer Orientierung unterbreitet werden, der sich auf der Perspektivität menschlicher Wahrnehmung gründet, – individuell-innerlich, zwischenmenschlich, äußerlich – und dem Entwicklungsgedanken.

Liberalität/Individualität/Freiheit

Jeder Mensch fühlt/erlebt sich (auch) subjektiv als Individuum („Ich“), mit einer ganz eigenen Innenwelt von Gedanken, Gefühlen, Körperempfindungen, Visionen, Ängsten, Kreativität, Freude, Kummer, Bestrebungen, Aversionen ... und einem Impuls sich ausdrücken, in Gedanken, Worten und Taten. Jede und jeder kann das mit ein wenig innerem Zugang in sich spüren, auch jetzt in diesem Augenblick. Weil es diese Grundperspektive von Subjektivität gibt, gibt es Liberalität bzw. Menschen, die sich für die innere und äußere Freiheit des Menschen einsetzen, und diese Sichtweise wird nicht verschwinden. Ob ein Konservativer sich für die individuelle Freiheit am Eigentum einsetzt, ein Grüner für den Schutz der persönlichen Privatsphäre kämpft oder ein Linker sich für Befreiung des Einzelnen von entfremdender und ausbeuterischer Arbeit ausspricht – sie alle eint Liberalität (ohne dass es in diesem Beispiel dafür eine eigene „liberale“ Partei bräuchte). Jeder Mensch ist damit – auch – frei.

Sozial/Gerechtigkeit/Verbundenheit

Jeder Mensch fühlt/erlebt sich von Geburt an (auch) inter-subjektiv als Mitglied von Gemeinschaften („Wir“), mit einer zwischenmenschlichen Erlebniswelt von Miteinander, Gegeneinander, Sympathie, Antipathie, ... Ob Ursprungsfamilie, eigene Familie, Freunde, Beziehungen, Verwandte, Lehrer, Gemeinde, Nachbarschaft, „Fußballsommernmärchen“ ... wir alle sind eingebunden in unzählige soziale Kontexte. Aus dieser Erfahrung heraus entsteht soziale Politik, und auch diese wird es immer geben so lange es Menschen gibt, mit einem entsprechenden „Flügel“ in den meisten politischen Parteien und einem Engagement für (mehr) Gerechtigkeit und Solidarität. Jeder Mensch ist als ein soziales Wesen auch sozial. (Wie weit dieser Kreis von Sozialität jedoch reicht, ob er begrenzt ist auf den eigenen Familienkreis, die eigene Glaubensgemeinschaft, die Nation oder sich über die gesamte Menschheit erstreckt, ist eine andere Frage, und zwar eine von Entwicklung, s. u.)

Eingebundenheit in Systeme und Nachhaltigkeit

Jedem Menschen der in Lage ist, eine systemische Außenperspektive einzunehmen, wird dabei deutlich, wie sehr er/sie Teil von Systemen sowohl ökologischer wie auch kultureller Art ist und wie sehr das eigene Überleben (und das Überleben anderer) von der Aufrechterhaltung dieser Systeme abhängig ist. Das betrifft das ökologische System, es betrifft aber auch unsere kulturellen Systeme, die wir für unsere Versorgung und Entsorgung geschaffen haben (Wasser, Nahrung, Energie, Geld, Information, Wirtschaft, Infrastruktur, Müllentsorgung). Ein Zusammenbruch auch nur eines dieser Systeme hat verheerende Folgen für eine große Anzahl von Menschen, bis hin zur gesamten Menschheit. Daher ist neben der Ich-Perspektive von Freiheit und der Wir-Perspektive von Solidarität auch die Es-Perspektive auf Systeme und deren Nachhaltigkeit von entscheidender, auch politischer Bedeutung, und wird daher von vielen politisch aktiven Menschen mit Nachdruck vertreten.

Zum Entwicklungsgedanken

Aus einer die Jahrtausende überblickenden Perspektive lässt sich eine Bewegung erkennen von auf Blutsverwandtschaft basierenden kleinen Stämmen zu einer die Stämme vereinigenden Staatsidee der alten Reiche (Ägypten, Mesopotamien, Mittelamerika ...) weiter zu der vereinigenden Idee von Nationalstaaten hin zu Staatengemeinschaften wie der europäischen Gemeinschaft. Darüber hinaus gibt es Ansätze zu einer Weltgemeinschaft, wie die Vereinten Nationen. Diese evolutionäre Wegstrecke war keine beschauliche lineare Reise sondern eine Achterbahnfahrt mit Durchbrüchen und Zusammenbrüchen und Aufstiegen und Abstürzen, als eine Dialektik von Würde und Katastrophe. Dabei möchte ich zwei Entwicklungsmerkmale hervorheben. Ein Merkmal ist das von Differenzierung und Integration. Die Evolution (oder Schöpfung) scheint beides gleichermaßen zu lieben, Einheit und Vielfalt, und daher ist Entwicklung technisch gesprochen eine buchstäblich unendliche Geschichte von Differenzierung/Vielfalt und Integration/Einheit ohne Ende. Es braucht offenbar beides für eine gesunde Entwicklung. Politisch gesprochen, und dafür gibt es ausreichend historische Beispiele, endet eine Einheit ohne Vielfalt im Totalitarismus (mit einem inneren Bürgerkrieg als einem Ausdruck des Strebens nach Vielfalt und Unterschiedlichkeit), und eine Vielfalt ohne Einheit endet in einer zunehmenden Entfremdung der Vielen voneinander, bis hin zum Krieg (als einem extremen und fehlgeleiteten Ausdruck des Strebens nach Einheit).

Das zweite evolutionäre Merkmal ist das von „Transzendieren und Bewahren“. Die Evolution verwirft nicht Bestehendes sondern baut darauf auf. Sie geht darüber hinaus und bewahrt es gleichzeitig. Das drückt sich politisch darin aus, dass es überall und in vielen Parteien nebeneinander konservative und progressive Bestrebungen gibt. Das ist gut so, weil wir beides für eine gesunde Entwicklung brauchen. Eine Zelle kommt nicht auf die Idee zu sagen „ich bin über Atome und Moleküle hinaus, ich verwerfe sie!“ Oder stellen wir uns einen Satz vor der sagt: ich habe Laute, Silben und Worte transzendiert (was stimmt), also negiere ich diese (womit sich der Satz selbst vernichtet). Der (politische) Mensch ist daher gut beraten, beides auf dem Weg zu beachten, das Fortschrittliche und das Bewahrende, das Progressive und das Konservative, das Mögliche und das bereits Existierende. Tut er das nicht, sind das Ergebnis entweder „Kulturrevolutionen“ bei denen alles Bestehende vernichtet wird, oder starre Faschismen bei denen jede Neuerung gnadenlos unterdrückt wird.

Eine neue Art der Politikbetrachtung

Aus dem eben Ausgeführten lässt sich eine neue Art der Betrachtung von Politik ableiten. Eine gesunde Mitte würde als das Mindeste eine Integration von Freiheit, Solidarität und Nachhaltigkeit anstreben, und zwar nicht aus ideologischen Gründen sondern aus Würdigung dieser unterschiedlichen Perspektiven des Menschseins und unseres In-der-Welt-seins. Zusätzlich würde dieser mittlere politische Weg sowohl Vielfalt als auch Einheit im Auge behalten, ebenso wie das Neue, Fortschrittliche und das Bestehende und bereits Existierende. Er würde, an einem Beispiel, Internationalität und Nationalität nicht gegeneinander setzen sondern beides würdigen, eine natürliche nationale Identität sowie eine internationale Ausrichtung.

Was ist an einer nationalen Identität „natürlich“? Kein Mensch wird als Weltbürger geboren, sondern entwickelt sich über eine Reihe von Zwischenstufen und Identitäten erst dazu, welche die Entwicklungspsychologie erforscht. Zuerst differenziert der Säugling sich von der physischen Umwelt und entwickelt eine eigene körperliche Identität. Danach differenziert er sich emotional von den nächsten Bezugspersonen und entwickelt eine psychologische Identität. Dann entdeckt sich das Kind als soziales Wesen und identifiziert sich mit seiner Familie und später mit der Kultur und Nation in der es aufwächst – als soziale Identitäten. Das ist ein natürlicher Entwicklungsweg, und bei jedem dieser Schritte kann etwas schiefgehen. Gelingt der Schritt zur nächsten Stufe (Transzendenz) nicht vollständig, dann bleibt eine Fixierung daran. Gelingt die Integration der bisherigen Identitäten nicht vollständig, dann bleibt eine Aversion ihnen gegenüber. Aus einem gesunden Selbstwert kann ein ungesunder Narzissmus werden und aus einer gesunden nationalen Identität ein ungesunder Nationalismus, doch das wäre ein eigenes Thema. Wenn alles gut geht, gelangen wir durch verschiedene Identitäten hindurch zu einer Verbundenheit mit allen Menschen und Wesen, und dazu braucht es alle Entwicklungszwischenstufen. Sie bleiben in uns, wir brauchen sie weiterhin, als einen integralen Bestandteil unserer Gesamtidentität und unseres Seins, auch wenn wir nicht mehr ausschließlich mit ihnen differenziert sind. Das Wort „inter-national“ versinnbildlicht dies sehr gut. Ohne Nationalität keine Internationalität. Ersteres ist grundlegender, Letzteres weiter entwickelt. Eine derartige Politik der Mitte vermeidet, mit anderen Worten, Extreme und ist um Integration bemüht, bei der die Vielfalt der Perspektiven gewürdigt wird, erhalten bleibt und nicht in einem Einheitsbrei verschwindet.

Dieser Mitte gegenüber stehen Politiken der Extreme, die jeweils nur einen oder zwei der oben erwähnte Aspekte hervorheben, ohne Rücksicht auf alle anderen Aspekte – d. h. Politiken die zu irgend einer Art von „-ismus“ führen.

Liberalität alleine wird zum (Neo)Liberalismus und Hyperindividualismus, welcher letztendlich immer in einer Art Faustrecht endet, wo der Stärkste sich – a-sozial – gegen alle anderen durchsetzt.

Ein Sozial-ismus als ein Hyperkollektivismus nimmt keine Rücksicht auf individuelle Freiheiten sondern setzt kollektiv durch was ein Politbüro oder ein ähnliches Gremium für alle als richtig erachtet. (Da ein „Wir“, anders als ein „Ich“, keine eigene Intentionalität hat, gibt es Menschen die sich – mehr oder weniger legitimiert – zum Sprecher eines Wir

machen, und von deren Geistesverfassung es dann abhängt, welche Politik für diese Gemeinschaft gemacht wird.)

Ein System-ismus schließlich erklärt die Aufrechterhaltung eines Systems (Ökologie, Finanzen ...) zum zentralen politischen Ziel und ordnet alles andere (Freiheit, Solidarität) dem unter. (Auch hier gibt es keine eigene Intentionalität, Gaia oder das Finanzsystem als ein Beispiel haben keine eigene Stimme, sondern Einzelne oder eine Gruppe von Menschen – demokratisch legitimiert oder auch nicht – geben dem System eine Stimme und entscheiden was das System „alternativlos braucht“ – Beispiel Finanzsystem/ Bankenrettung.)

Analog wird eine nur national orientierte Politik zum Nationalismus und eine nur international orientierte Politik setzt sich über das Bedürfnis der Menschen nach nationaler Identität hinweg. (Dies war in der Vergangenheit offenbar in Europa tendenziell der Fall, viele Menschen drücken in ihrem Wahlverhalten nationale Sehnsüchte aus). Eine integrierende Politik der Mitte ist kein Kalkül wo lediglich Variable in eine Gleichung einzusetzen sind, sondern ein intensiver Prozess der Gewichtung unterschiedlicher Perspektiven. Auf dem Weg zur Umsetzung wäre es schon ein guter Anfang, wenn beispielsweise ein „Liberaler“ die „linken“ Bemühungen um Gerechtigkeit und die „grünen“ Bemühungen um Nachhaltigkeit auch bei anderer Prioritätensetzung grundsätzlich wertschätzt und würdigt – und jeweils umgekehrt.

Die Wähler in Deutschland haben bei der letzten Bundestagswahl durch die Bevorzugung kleinerer Parteien eine Gelegenheit geschaffen, dass diejenigen, die sich vorher meilenweit voneinander differenziert haben, nun zu einer Integration kommen müssen, wenn es eine neue Regierung geben soll. Dass diese in ihrem Selbstverständnis demokratischen Parteien sich voneinander differenzieren und aufeinander losgehen können wissen wir – können sie sich auch integrieren zu einer Regierung, die das Land ja braucht?

Hier noch ein weiteres, globales Beispiel zur Dynamik Differenzierung/Integration: In den zurückliegenden Jahrzehnten hat sich durch Differenzierungsbewegungen, (die entweder als „Befreiungsbewegungen“ oder als „Separatismus“ bezeichnet werden, je nach Perspektive) die Anzahl der Staaten der Welt erhöht. Der Zerfall der ehemaligen Sowjetunion, die Teilung der ehemaligen Tschechoslowakei, der Zerfall des ehemaligen Jugoslawien, die Teilung des Sudan und die Gründung von Eritrea in Afrika. Es sieht so aus, dass nach den totalitär-„vereinigenden“ Tendenzen des 20. Jahrhundert nun die Kräfte der Differenzierung wieder überwiegen. Dem zugrunde liegt, dass die Zahl der Ethnien der Welt die Zahl der Nationalstaaten um ein Vielfaches übersteigt. Dazu schreibt der dtv-Atlas Politik (2011, S. 219): „In den weltweit rund 190 Staaten leben Schätzungen zufolge zwischen etwa 3000 und 8000 Ethnien d.h. (meist regional lokalisierbare) Volksgruppen mit einer durch Sprache, Religion, Geschichte, Sitten und Gebräuche etc. begründeten Kollektividentität.“

Ethnien wollen Eigenständigkeit und berufen sich auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker, Nationalstaaten wollen Integration und berufen sich auf ihre „territoriale Integrität“. Wer hat recht? Beide, weil beide Perspektiven bzw. evolutionäre Strömungen wichtig sind, Differenzierung und Integration. Wie jedoch im Einzelfall zu entscheiden ist, ist Gegenstand eines politischen Prozesses mit der Frage, was am wenigsten Leid bei den Beteiligten und

Betroffenen verursacht, und am meisten Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit – und damit letztendlich auch Frieden – hervorbringt.

Schuldenbremse – ausgebremst?

Oktober 2021

Das Positionspapier der SPD, der FDP und der Grünen fährt in (mindestens) einem entscheidenden Punkt eine Strategie des "weiter so", ohne dass das den potentiellen Koalitionären bewusst zu sein scheint, und zwar beim Thema "Staatsschulden". Der Mythos der "schwäbischen Hausfrau" wird weitergesponnen, in der fälschlichen Annahme, dass der Staatshaushalt nichts anderes sei als der Haushalt einer schwäbischen Hausfrau, nur eben etwas größer (siehe Link). Das heisst, das Geld ist auch für den Staat knapp, und muss erst durch Einnahmen erwirtschaftet werden, bevor es ausgegeben werden kann. (Das Positionspapier verweist auf die "grundgesetzliche Schuldenbremse", spricht von "nachhaltigen Staatsfinanzen" ohne genauer zu erläutern, was damit gemeint ist, und möchte die "Schuldenfähigkeit erhalten".)

Doch das ist falsch. Für den Staat als den Herausgeber des Geldes gibt es keine Geldknappheit, was auch durch Mario Draghi zu seiner Zeit als EZB Präsident bestätigt wurde, und damit haben Begriffe wie "Nachhaltigkeit" und "Schuldenfähigkeit" eine ganz andere Bedeutung für den Staatshaushalt als für jeden anderen Haushalt. Die grundgesetzliche Schuldenbremse, die 2009 in Deutschland mit einer Zweidrittelmehrheit verabschiedet wurde (GG Art 109 Absatz 3) lässt zwar Ausnahmeregeln zu, doch sie folgt auch dem Mythos der schwäbischen Hausfrau, und schränkt damit staatliche Handlungsspielräume entscheidend ein. Damit werden Projekten wie dem Auf- und Ausbau einer nachhaltigen Gesellschaft und sozialen Projekten von vornherein unnötige Beschränkungen auferlegt.


Aus Sicht der Grünen wäre jetzt die Zeit, die Mythen über die "Staatsschulden" in einer öffentlichen Diskussion aufzuzeigen:


- Staatschulden müssen, im Unterschied zu allen anderen Schulden, nicht "zurückgezahlt" werden und belasten daher auch nicht zukünftige Generationen. (Das Wort "Schulden" ist hier irreführen)
- Staatschulden entstehen durch die Differenz zwischen dem Betrag, den der Staat in die Ökonomie hineingibt, minus dem Betrag, der durch Steuern und Abgaben herausgenommen wird.
- Der Staat als der Herausgeber der Währung hat keine finanziellen Beschränkungen. Aussagen wie "dafür ist keine Geld da" und entsprechende "Finanzierungsvorbehalte" sind eine Irreführung der Öffentlichkeit (wie die plötzliche Geldflut bei diversen Finanzkrisen und der Coronakrise offenbart – wenn man etwas finanzieren möchte, ist das Geld immer da).

- Es braucht daher auch keine "Schuldenbremse", sondern das 1967 verabschiedete Stabilitätsgesetz reicht völlig aus. Dort werden u.a. eine Stabilität des Preisniveaus, ein hoher Beschäftigungsgrad (Vollbeschäftigung), ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht sowie stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum als Ziele staatlichen Handelns formuliert. Insbesondere das Inflationsziel sorgt dafür, dass die Geldschöpfung durch den Staat sich an der Verfügbarkeit vorhandener freier Ressourcen orientiert, um Inflation zu vermeiden. Das sind die *realen* Restriktionen einer Finanzpolitik, und nicht willkürliche Obergrenzen und Bremsmanöver.

Von SPD und FDP ist diesbezüglich nichts zu erwarten, aber die Grünen haben jetzt die Gelegenheit, diese Thema in die Öffentlichkeit zu bringen, doch das Positionspapier macht hier wenig Hoffnung. So bleiben den Grünen nur zwei Möglichkeiten, um ihre ökologischen und sozialen Ziele auch zu finanzieren: 1. sie schwenken auf den Kurs von SPD und FDP ein, nach dem Motto "der Staat hat kein Geld sondern nur Schulden, also muss es die Privatwirtschaft richten", oder 2. es wird durch Tricks die Schuldenbremse immer wieder ausgesetzt, um so für die notwendigen Investitionen Mittel zu bekommen, unabhängig davon, was die "freie" Privatwirtschaft macht. (Mit derartigen Tricks rettet sich ja die EU über die Runden. Eigentlich ist die Staatsfinanzierung durch die Zentralbank verboten (Art. 123 AEUV), doch das wird immer wieder umgangen.)

Das sind keine guten Aussichten, weder für die Grünen noch für Deutschland, aber vielleicht passiert ja noch ein Wunder.



MMT und die
schwäbische Hausfrau 

Michael Habecker
Mai 2019

10

